

Citation style

Segert, Dieter: Rezension über: Oliver Kossack, Pariahs or Partners? Patterns of Government Formation with Radical Right Parties in Central and Eastern Europe, 1990–2020, Bielefeld: transcript, 2023, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung (ZfO), 73 (2024), 4, S. 652-653, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/b18ae6c1d11e41ee96f41325d2df094b>



copyright

This article may be downloaded and/or used within the private copying exemption. Any further use without permission of the rights owner shall be subject to legal licences (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

Oliver Kossack: Pariahs or Partners? Patterns of Government Formation with Radical Right Parties in Central and Eastern Europe, 1990–2020. (Political Science, Bd. 153.) transcript. Bielefeld 2023. 390 S., Ill. ISBN 978-3-8376-6715-8. (€ 50,-; Open Access unter <https://directory.doabooks.org/handle/20.500.12854/99498>.)

Diese Studie zu den radikal-rechten Parteien in Ost- und Mitteleuropa verortet sich im Umfeld der politikwissenschaftlichen Koalitionstheorie. Gefragt wird danach, warum und unter welchen Umständen mit rechts-radikalen Parteien Koalitionen eingegangen werden. Oliver Kossack orientiert sich in seiner durch Michael Minkenberg betreuten Dissertation an Forschungen, die sich innerhalb eines für den Kontext sensiblen *rational-choice approach* bewegen. K. verfolgt das Ziel, die Daten aus Ost- und Mitteleuropa in den allgemeinen Vergleich einzubeziehen. Was die Leser dabei an Einsichten erwarten können, beschreibt er in wie folgt: „More precisely, the seat share of these parties in parliament, their ideological distance from the formateur,¹ particularly with regard to socio-cultural issues, and the configuration of the party systems, explain why they enter government or remain in opposition“ (S. 29).

Im zweiten Kapitel wird eine Definition der spezifischen Parteien gegeben, die untersucht werden sollen: „[...] the present study follows Pytlas (2016, 25) and defines right-wing radicalism as an ideology based on ‚mythicized nativist ultra-nationalism‘. The focal point of this ideology is the mythicized image of a homogeneous nation, a naturalistic *Volksgemeinschaft*, which is constructed by combining criteria of inclusion and exclusion, such as race, ethnicity, or religion“ (S. 38).

Wichtig ist auch, dass der Autor zwei Entwicklungen hervorhebt, die die Mobilisierung durch radikal-rechte Ideologien in Ost- und Mitteleuropa bedingen: einerseits den unvollendeten Nationenbildungsprozess, welcher sich seit der Endphase multinationaler Imperien in diesem Raum entwickelte und erst nach 1989/91 zu Ende geführt wird, andererseits den Widerstand gegen die schnelle gesellschaftliche Modernisierung nach dem Ende des Staatssozialismus. Mit Piero Ignazi wird das Entstehen radikal-rechter Parteien als „stille Konterrevolution“ begriffen (S. 40 f.). Im Osten des Kontinents werden besonders die sozialen Härten des schnellen Systemwechsels, „experienced economic hardships and status insecurity“ (S. 41), wirksam. Damit wird vermutet, dass besonders die Verlierer jener Prozesse durch die entsprechenden Parteien angezogen werden. Infolgedessen komme es zu einer Verbindung von sozial-ökonomisch linker Politik mit Nationalismus, eine These, die sich etwa anhand der Politik der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*) und der ungarischen Fidesz gut bestätigen lässt.²

Bemerkenswert ist, dass K. gerade diese beiden Parteien ausdrücklich aus seiner Analyse ausschließt, was sich aus dessen enger theoretischer Blickrichtung ergibt: Bei ihm sind radikal-rechte Parteien immer klein, immer Parteien von Minderheiten, die von einer größeren Partei zur Koalitionsbildung eingeladen werden müssen. Da die beiden genannten Parteien in Polen und Ungarn aber häufiger eine Mehrheit der Mandate errungen haben, taugen sie nicht für die beabsichtigte Analyse. Kurz gesagt: die Empirie wird entsprechend der gewünschten theoretischen Blickrichtung zugeschnitten.

Kurz zum weiteren Inhalt: Im dritten Kapitel wird ein Überblick über die Theorien der Regierungsbildung (Koalitionstheorien) gegeben. Im vierten Kapitel folgt dann die Erläuterung des Forschungsdesigns und der verwendeten Methode, der Qualitativen Verglei-

¹ „Formateur“ meint hier die auf Grundlage ihres Wahlsieges durch die in dem jeweiligen Staat zuständige Institution beauftragte Partei, die Regierungsbildung zu organisieren.

² Der Rezensent hat das in seinen Analysen des Aufstiegs von national- und sozialpopulistischen Parteien nach dem Jahr 2000 untersucht. Siehe u. a.: DIETER SEGERT: Politische Kultur im Wandel? Der Populismus in Ostmitteleuropa und seine Vorgeschichte, in: MARTIN SABROW, TILMANN SIEBENEICHNER u. a. (Hrsg.): 1989 – eine Epochen-zäsur?, Göttingen 2021, S. 74–86.

chenden Analyse (QCA), die sich besonders für eine kleine Fallzahl eignet. Einen guten Überblick über die Methodik des Vergleichs gibt die Darstellung 4.1. auf S. 96. Wichtige Begriffe, die im Forschungsdesign und der Methode genutzt werden, sind die folgenden: „Third-generation election“ (S. 93), „ideological distance“ (S. 102 f.), „Party system fragmentation“ (S. 104) und „Bipolar opposition“ (S. 104 f.).

Im fünften und sechsten Kapitel werden die politischen Entwicklungen und Regierungsbildungen sowie die jeweilige Rolle der rechts-extremen Parteien in acht Ländern – den vier Visegrad-Staaten, Estland, Lettland, Bulgarien und Rumänien – dargestellt. Wer sich mit den Parteienentwicklungen in diesen Ländern auskennt, wird seine Kenntnisse bestätigt finden. Einige Leerstellen fallen jedoch auf: So wird in der Analyse der ungarischen Entwicklung nur die Ungarische Lebens- und Partei (MIÉP) erfasst; Jobbik hingegen wird ausgespart. In Polen wiederum wird lediglich die Liga Polnischer Familien analysiert und damit nur die politische Entwicklung bis 2007 (als sie aus dem Parlament herausfiel). In Rumänien erlischt das Forschungsinteresse mit dem Ausscheiden der radikal-rechten Partei Großrumäniens PRM aus dem Parlament bei den Wahlen 2008.

In den folgenden drei Kapiteln werden die gewonnenen Daten per QCA ausgewertet, um entweder die Regierungsteilnahme radikal-rechter Parteien oder deren Verbleib in der Opposition im Nachhinein zu erklären. Weitergehende Einsichten sind allerdings so nicht zu gewinnen.

K. kann mit seiner Studie zwar belegen, dass er mit den Besonderheiten des post-sozialistischen Osteuropa vertraut ist. So nutzt er die in der wissenschaftlichen Literatur zu Osteuropa allgemein vorgenommene regionale Zuordnung in Ostmittel-, Nordost- und Südosteuropa und wertet die vorliegende internationale Zeitschriftenliteratur zu den jeweiligen nationalen Parteiensystemen aus; aber seine Einsichten bleiben doch recht schematisch. Die Parteienforschung ist bei ihm offenbar kein Weg zu einem tieferen Verständnis der Gesellschaften. Dazu hätte er beispielsweise untersuchen müssen, wie die Erwartungen von unterschiedlichen Gruppen jener Bürger durch den sich vollziehenden Wandel enttäuscht worden sind. Und es entgeht ihm der erstaunliche Zusammenbruch der in den 1990er Jahren herausgebildeten Parteiensysteme in einigen Ländern nach dem Jahr 2000, aus deren Trümmern populistische Parteien verschiedener Couleur aufstiegen.

Insofern bleibt aus der Sicht von Osteuropahistorikern wie auch historisch interessierten Politikwissenschaftlern (wie dem Rezensenten) die vorgelegte Arbeit auf halber Strecke stehen. Und die eigentlich interessante Frage nach den Ursachen des politischen Erfolgs radikal rechter Parteien im post-sozialistischen Osteuropa bleibt unbeantwortet.

Wien – Berlin

Dieter Segert